Bundesregierung setzt mit Deutschem Rohstofftag falsche Akzente

Bundesregierung setzt mit Deutschem Rohstofftag falsche Akzente

Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen werfen der Bundesregierung eine verfehlte Rohstoffpolitik vor
Berlin, 09.09.2013 ? Viele Produkte "Made in Germany" sind stark von Rohstoffimporten abhängig. Damit steht Deutschland in einer hohen Verantwortung für die sozialen und ökologischen Folgen des weltweiten Rohstoffabbaus. Die bisherige Politik der Bundesregierung wird dieser Verantwortung nicht ausreichend gerecht. "Anstatt über Wege zur Rohstoffsicherung der Industrie zu diskutieren, muss die Senkung des inländischen Rohstoffverbrauchs auf ein global gerechtes Niveau das zentrale Ziel sein", fordert Klaus Seitz, Leiter der Abteilung Politik von Brot für die Welt im Vorfeld des ersten Deutschen Rohstofftags am 11. September in Berlin.
Zwar steht der vom BMZ organisierte Tag unter dem Motto "Strategien für eine nachhaltige Rohstoffversorgung", doch de facto ist die Rohstoffpolitik der Bundesregierung alles andere als nachhaltig: "Der jetzige Rohstoffhunger droht zu einer Überschreitung der ökologischen Grenzen des Planeten zu führen", ergänzt Damian Ludewig, Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft. "Ein Steuer- und Abgabensystem, das weitgehend auf die Belastung des Faktors Arbeit setzt, schafft für die Steigerung der Ressourceneffizienz nicht die geeigneten Anreize. Daher müssen umweltschädliche Subventionen abgebaut und durch Ressourcensteuern die richtigen Preissignale gesetzt werden."
Deutschland importiert einen Großteil seiner metallischen und energetischen Rohstoffe vorwiegend aus Entwicklungs- und Schwellenländern, in denen es beim Abbau häufig zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden kommt. "Eine deutsche Rohstoffpolitik muss dies beachten. Menschenrechte müssen vor Profitinteressen stehen, das gilt auch für deutsche Konzerne, ihre Tochterunternehmen und Zulieferer. Die Bundesregierung muss daher menschenrechtliche Sorgfaltspflichten verbindlich vorschreiben", fordert Bernd Bornhorst, Leiter der Abteilung "Politik und globale Zukunftsfragen" bei Misereor.
In ihrem Positionspaper "Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik" fordern mehr als 35 Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen eine andere Rohstoffpolitik. Der jetzigen mangelt es an einer breiten Konsultation von Parlamenten und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Stattdessen wird der deutschen Industrie ein privilegierter Zugang zu politischen Entscheidungen gewährt. "So ist es wenig verwunderlich", merkt Johanna Fincke, Referentin für Kampagnen bei der Christlichen Initiative Romero, an, "dass bei Veranstaltungen wie dem Deutschen Rohstofftag von der Bundesregierung Industrievertreter/innen auf Podien mitdiskutieren, während Vertreter/innen der Zivilgesellschaft aus den rohstoffreichen Ländern oder von betroffenen Organisationen nicht einmal eingeladen werden."
Download des Papiers "Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik - Handlungsempfehlungen deutschen Nichtregierungsorganisationen" (PDF, 546 KB).

Kontakt:
Renate Vacker, Brot für die Welt, 030-65211 1833, renate.vacker@brot-fuer-die-welt.de
Johanna Fincke, Christliche Initiative Romero, 0251 89 503, fincke@ci-romero.de
Damian Ludewig, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, 030 76 23 991 40, Damian.Ludewig@foes.de ,
Barbara Wiegard, MISEREOR, 030 44 35 19 88, barbara.wiegard@misereor.de
Michael Reckordt, AK Rohstoffe, 030 428 05 479, Michael.Reckordt@power-shift.de

"Für eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik - Handlungsempfehlungen deutschen Nichtregierungsorganisationen" werden von den folgenden Gruppen und Organisationen entsprechend ihres jeweiligen Aufgabengebietes und ihrer Zielsetzung unterstützt (Stand: September 2013):
AfricAvenir, AG Tschad, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Brot für die Welt, Carpus, Christliche Initiative Romero, Coordination gegen die BAYER-Gefahren, CorA - Netzwerk für Unternehmensverantwortung, FDCL, FIAN, Forum ökologisch-soziale Marktwirtschaft, Forum Umwelt und Entwicklung, Germanwatch, Global Policy Forum, Heinrich Böll Stiftung, Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie, Inkota Netzwerk, Kampagne Bergwerk Peru, kolko - Menschrechte für Kolumbien e.V., Koordination Südliches Afrika, Koordinierungskreis Mosambik, Medico International, Misereor, Nord-Süd-Forum München, Ökumenisches Netz Zentral-Afrika, Oxfam Deutschland, Pazifik Netzwerk, Pazifik Informationsstelle, philippinenbüro im Asienhaus, PowerShift, SODI, Stiftung Asienhaus, Südostasien Informationsstelle, Südwind Institut, Urgewald, Watch Indonesia, World Economy, Ecology
 Development

<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=543950" width="1" height="1">

Pressekontakt

Brot für die Welt

10115 Berlin

Firmenkontakt

Brot für die Welt

10115 Berlin

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage